

Deputation für Bildung
(staatlich)
Sitzungsprotokoll der 8.Sitzung

16. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2003 - 2007

Sitzungstag 29.April 2004	Sitzungsbeginn 11.20 Uhr	Sitzungsende 11.35 Uhr	Sitzungsort Rembertiring 8-12
-------------------------------------	------------------------------------	----------------------------------	---

Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- | | | |
|-------|--|--------------|
| TOP 1 | Genehmigung der Tagesordnung | |
| TOP 2 | Genehmigung des Protokolls vom 25. März 2004 | |
| TOP 3 | Verschiedenes | |
| TOP 4 | Planungsstand für das Zentralabitur in Bremen | Vorlage L 40 |
| TOP 5 | Änderung des Privatschulgesetzes – hier: Abschluss von Kontrakten mit den privaten Ersatzschulen nach § 17 a des Privatschulgesetzes | Vorlage L 41 |
| TOP 6 | Gründung der Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur | Vorlage L 42 |

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Der TOP 6 „Gründung der Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur“ (Vorlage L 42) wird unter TOP 8 städtisch behandelt. Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 25. März 2004

Das Protokoll vom 25. März 2004 wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 3 Verschiedenes

1. Die Antwort auf die Frage von Herrn Rohmeyer nach einem **Bericht zur Kooperation im Bereich der Lehrpläne** mit Niedersachsen wurde versandt.
2. Die Antwort auf die Bitte von Herrn Rohmeyer nach Mitteilung der **Ferientermine** der anderen Bundesländer wurde versandt.
3. Herr Rohmeyer bittet um Mitteilung, ob die **schulartenspezifischen Lehrpläne und Bücherlisten** den Schulen bereits zur Verfügung gestellt wurden.
4. Frau Allers bittet um einen Bericht an die Deputation zur **Abfrage zur Schulvermeidung**.
5. Frau Allers bittet um Darstellung, wie viele Schulen die **Präsentation der Wirtschaftsakademie zur Berufsorientierung** nützen.

Senator Lemke sagt eine Beantwortung der offenen Fragen zur nächsten Deputationssitzung zu.

TOP 4 Planungsstand für das Zentralabitur in Bremen

Vorlage L 40

Frau Schmidtke fragt, ob sichergestellt sei, dass die Anforderungen der Arbeiten auch dem Leistungsstand der Schüler entsprechen. Senator Lemke erwidert, dass nur Wissen abgefragt werde, das vorher unterrichtet wurde. Herr Rohmeyer bittet um Erläuterung, warum die zentrale Prüfung nur im dritten Prüfungsfach eingeführt werde. Senator Lemke antwortet, dass es sich hierbei um den ersten Schritt handle, der dann erweitert werde. Dieser Systemwechsel müsse im Hinblick auf die Betroffenen mit Augenmaß erfolgen. Frau Kiese (ZEB) befürwortet die schrittweise Einführung, da der Leistungsstand zwischen einzelnen Schulen und Klassen sehr stark differiere und nur durch eine sensible Herangehensweise den Betroffenen mögliche Ängste genommen werden können. Frau Böschen bittet zukünftig darauf zu achten, dass in Vorlagen auch die weiblichen Formulierungen benutzt werden. Herr Fries fragt, warum keine Aufgaben aus den Schulen angefordert werden. Weiterhin möchte er wissen, wie das Evaluationskonzept ausgestaltet wird und wann es vorgelegt werde. Er bittet, darauf zu achten, dass im Rahmen der Prüfungen nicht nur reines Fachwissen sondern auch methodische Fähigkeiten abgeprüft werden. Frau Schröder-Klein antwortet, dass gegen die Aufgabenstellung aus Schulen vor allem die hohe Zahl der erforderlichen Aufgabenvorschläge spräche. Sie weist weiterhin darauf hin, dass es aufgrund der relativ kleinen Population Bremens auch zu Schwierigkeiten bei der Geheimhaltung kommen könne. Zum Bereich der Methodenkompetenz verweist sie auf die Einführung des für das Schuljahr 2007/2008 geplanten entsprechenden Prüfungsfaches hin. Herr Rohmeyer bittet zur Mai Sitzung um eine Darstellung der weiteren Schritte zur Umsetzung des Zentralabiturs. Weiterhin bittet er um Klärung, ob eine Schrittigkeit auch für die Einführung von Abschlussprüfungen im H/R – Bereich geplant sei. Frau Voigt (GSV) fragt, woher die Fachberater kommen. Staatsrat Köttgen erläutert, dass es hierfür eine Ausschreibung unter Lehrkräften gebe. Frau Hövelmann begrüßt ausdrücklich die schrittweise Einführung des Zentralabiturs als sinnvolle und verantwortungsbewusste Vorgehensweise.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt den Planungsstand für das Zentralabitur in Bremen zur Kenntnis.

TOP 5 Änderung des Privatschulgesetzes

Vorlage L 41

**Hier: Abschluss von Kontrakten mit den privaten Ersatzschulen
nach § 17 a des Privatschulgesetzes**

Frau Hövelmann begrüßt den Abschluss der Kontrakte und lobt die gute Umsetzung.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung stimmt der Verordnung über die Ferien für die Schulen der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven für die Schuljahre 2004/2005 bis 2009/2010 zu.